

WUNSTORF

Neues Tor zur Stadt findet Gefallen

Das neue Tor zur Stadt auf dem ehemaligen Sölter-Gelände nimmt langsam Gestalt an. Den neuen Entwurf präsentierte Architekt Markus Hoffmann den Mitgliedern des Ortsrates Wunstorf am Mittwochabend. Realisieren wollen das Projekt gemeinsam die Volksbank Nienburg und die Norddeutsche Wohnbau GmbH.

WUNSTORF. Der neue Plan stellt eine deutliche Veränderung zum Vorgängerentwurf dar. Der Riegelbau, in dem künftig die Geschäftsstelle der Volksbank, Praxen und Büros untergebracht werden sollen, wurde in der Länge um 35 Meter gekürzt. Das Geschäftshaus ist klar von der Eigentumswohnanlage im hinteren Bereich des Geländes getrennt. Mit 131 Stellplätzen, die sich auf zwei Tiefgaragen und oberirdische Parkplätze verteilen, seien deutlich mehr Abstellmöglichkeiten als vorgeschrieben eingeplant, sagte Hoffmann.

Von weitem deutlich als Stadteingang erkennbar sein soll das Geschäftshaus durch einen turmartigen Aufbau. Die Traufhöhe liege bei 18 Metern. Eine Realisierung ohne sei auch denkbar, dadurch gehe jedoch die Signifikanz des Stadttors verloren. Dieser Ansicht stimmten auch die Ortsratsmitglieder zu. Der Entwurf stieß in der verkleinerten Variante auf breite Zustimmung.

Thema war auch die Verkehrssituation. Stadtplaner Peter Pfadenhauer von der Stadtverwaltung betonte, dass die Grundstücke, ein Teil befindet sich im Besitz der Stadt, so aufgeteilt werden müssten, dass später eventuell auch zwei Kreisel an den Verkehrsknotenpunkten an Hagenburger, Neustädter Straße und Am Stadtgraben realisiert werden könnten. Baurecht für das Projekt soll Anfang nächsten Jahres erteilt werden.

Die Sorge, dass das Neubauprojekt die ohnehin angespannte Verkehrssituation deutlich verschlechtere, teilte Verkehrsplaner Heinz Mazur, Geschäftsführer der PGT Umwelt und Verkehr GmbH, nicht. Das habe eine Verkehrszählung ergeben. Eine Verbesserung könnte aber bereits durch eine bessere Abstimmung der Ampelschaltungen erzielt werden. Eine Ampelkoordination hatte der Ortsrat bereits vor längerem schon einmal beantragt. Die Stadtverwaltung solle nun prüfen, wo die Bearbeitung stecken geblieben sei, forderte Kirsten Riedel (SPD).